

Deutsch-Tschechisches Gesprächsforum

Folgeveranstaltung zur Jahreskonferenz in Passau 2011

Diskussion am 20. Juni 2012 in Prag, Institut für Internationale Beziehungen (Ústav mezinárodních vztahů). „Nichts als Markt? Was bleibt von der europäischen Integration nach der Euro-Krise?“

Bericht: Dr. Jennifer Schevardo, Dr. Gereon Schuch

Nichts als Euro?

„Europa – ja oder nein?“ Diese polarisierende Zuspitzung war in den vergangenen Monaten öfters zu hören und zu lesen. Zumeist steht dahinter parteipolitisch motivierter Populismus mit seinen üblichen Übertreibungen. Doch lässt sich nicht leugnen, dass angesichts der Dauer und Komplexität der Krise, in der die EU steckt, deren Zukunft von immer mehr Menschen kritisch gesehen wird. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die aktuelle Situation für die meisten Bürger kaum mehr durchschaubar ist. Und selbst die finanzpolitischen Experten können sich nicht einigen, welche Instrumente und Mechanismen zur Euro-Rettung ergriffen werden sollen. Mit Details und Differenzierungen lassen sich aber keine Wählerstimmen gewinnen und auch keine Zeitungen verkaufen. Unsachliche Zuspitzungen sind darum beliebte Mittel, den Standpunkt des politischen Kontrahenten zu diskreditieren. Wer nicht die eigene Initiative zur möglichen Rettung der Gemeinschaftswährung vertritt, der wird als Gegner der gesamten Integration dargestellt. Etablierte Zuordnungen verlieren dabei zusehends an Gültigkeit. Die deutsche Regierung, die über Jahrzehnte als einer der Hauptmotoren der europäischen Integration galt, muss sich seit einigen Monaten mit dem von verschiedenen Seiten geäußerten Vorwurf des Blockierens auseinandersetzen, weil sich Kanzlerin Merkel gegen Eurobonds ausspricht. Und plötzlich ist das als EU-Lähmer bekannte Großbritannien ganz vorne dabei, wenn es darum geht, entschiedene Maßnahmen zur Rettung der Gemeinschaftswährung zu fordern.

Wie sehr die Eurokrise die gesamte EU in Atem hält, zeigt sich auch daran, dass hier andere Themen zurzeit so gut wie nicht diskutiert werden. So etwa die Frage nach dem anzustrebenden Wesen der EU: soll diese ein pragmatischer, vor allem ökonomisch definierter Zweckverband sein oder eine von politischen und sozialen Zielen motivierter Werteverbund? Der durch diese Dichotomie vereinfachte Deutungskampf um die Finalität der europäischen Integration wurde vor Jahren mit viel Vehemenz ausgetragen.

Auch das hochrangig besetzte Abschlusspodium¹ der Jahreskonferenz des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums in Passau im November 2011 sollte sich mit der Zukunft der EU zwischen diesen beiden Polen befassen. Doch keiner der Redner wollte sich festlegen und alle verwiesen darauf, dass das Ideal natürlich irgendwo in der Mitte liegen, also wirtschaftliche und politisch-soziale Interessen verbinden müsse. Momentan sei aber die Rettung der Währungsunion das Wichtigste und ihr müssten alle anderen Fragen nachgeordnet werden.

In den darauf folgenden Monaten konnte Europa erleben, wie unter dem Eindruck der anhaltenden Krise die Diskussion um die „Rettung des Euro“ alle anderen Aspekte der europäischen Integration verdrängte. Dabei geriet fast völlig aus dem Blick, dass die Eurozone nur ein Teil der EU ist und diejenigen Länder, die ihr nicht angehören, kontinuierlich aus der Debatte ausgeklammert werden. Frühere gemeinsame Vorhaben wie eine europäische Verfassung oder die Erweiterung der EU scheinen von der Tagesordnung sowie aus den medialen Diskursen nahezu verschwunden.

Ursachen der Krise

Angesichts dieser starken Präsenz und Relevanz ökonomischer Fragen in der Europadiskussion erschien es sinnvoll und viel versprechend, zur Nachfolgeveranstaltung der Jahreskonferenz des Gesprächsforums nach Prag zwei Wirtschaftswissenschaftler einzuladen, die sich in ihren Ausführungen ganz auf die ökonomische Krise, ihre Ursachen sowie mögliche Auswege konzentrierten. Es wurden Referenten ausgewählt, die die Wirtschaft nicht nur aus der akademischen Sicht kennen, sondern im Laufe ihres Lebens ihre Kenntnisse auch in wichtigen politischen Funktionen umsetzen konnten. Beide sind bis heute dem politischen Leben in ihren Ländern eng verbunden geblieben und als unabhängige, ihren jeweiligen Regierungen kritisch entgegentretende Experten bekannt.

Bei dem deutschen Redner handelte es sich um Georg Milbradt, der von 1990 bis 2001 Finanzminister und von 2002 bis 2008 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen war. Der habilitierte Volkswirt ist seit 2009 außerplanmäßiger Professor für Volkswirtschaftslehre an der TU Dresden

¹ Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Claudia Bandion-Ortner, Ehemalige Bundesministerin für Justiz der Republik Österreich, Vojtěch Belling, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten und oberster Direktor der Abteilung für europäische Angelegenheiten beim Regierungsamts der Tschechischen Republik, Andreas Paulus, Richter des Bundesverfassungsgerichtes, Christian Schmidt, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und Josef Zieleniec, ehemaliger Außenminister der Tschechischen Republik.

sowie Forschungsprofessor beim ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden.

Der tschechische Referent, Pavel Mertlík, war von 1999 bis 2001 Finanzminister der Tschechischen Republik. Seit seinem Ausstieg aus der aktiven Politik ist er Chef-Ökonom der Raiffeisenbank AG, Prag sowie Dozent am Institut für Wirtschaftsstudien der Karls-Universität Prag.

Beide Referenten setzten ihre Ausführungen beim Entstehen der Euro-Krise an, wobei sich Mertlík stärker auf den globalen Kontext und damit das Einbrechen der Krise aus den USA über Großbritannien nach Europa konzentrierte, während Milbradt die Krise als genuin im europäischen Integrationsprozess wurzelnd betrachtete. Milbradt sah es gleichsam als Geburtsfehler der EU an, dass die gemeinsame Währung nicht erst als krönender Abschluss erfolgreicher politischer Integration eingeführt worden sei, sondern viel mehr als Motor der Integration habe dienen sollen. In den ärmeren Ländern des Südens sei der Euro vorzeitig eingeführt worden, und zwar als eine Art Wohlstandsversprechen. Damit sei aber als Währungsunion ein Verbund geschaffen worden, der die enormen Disparitäten zwischen seinen Mitglieder zu überdecken versucht habe.

Welche Solidarität?

Zwar seien Regeln für diesen Verbund formuliert worden, so Milbradt, doch aufgrund des starken politischen Willens, das zusammen zu fassen, was ökonomisch noch gar nicht zusammen gehörte, seien keine wirksamen Instrumente geschaffen worden, um das konsequente Einhalten der Regeln auch zu prüfen und Verstöße effektiv zu sanktionieren. Milbradt erklärte auf Nachfrage aus dem Publikum, dass er auch die jüngeren Maßnahmen wie den Stabilitätsmechanismus als Teil des EU-Rettungsschirms oder auch den Fiskalpakt für nicht ausreichende Instrumente hielte, um zukünftig den Erhalt der Währungsunion abzusichern, da beide erneut keine starken Kontroll- und Sanktionsmechanismen enthielten. Den in der Diskussion erhobenen Einwand, dass solche Härte nicht dem Prinzip der Solidarität zwischen den Mitgliederstaaten, dem sich die EU verschrieben hätte, entspreche, widersprach Milbradt. Solidarisch sollten die Reichen mit den Armen sein, die Starken mit den Schwachen. Was sich aber in den letzten Monaten in der EU etabliert hätte, sei die Solidarität der Regeltreuen mit den Regelbrechern und dies lehnte er ab. Griechenland hätte über lange Zeit die anderen Mitgliedsstaaten über seine Situation getäuscht und damit Vertrauen verspielt. Dass das Land nun dennoch von der Pflicht entbunden werden solle, für die eigenen Schäden selbst zu haften, sei eine fatale Lösung, die so Milbradt, dem moral hazard zukünftig Tür und Tor öffnen würde.

Nach der Krise

Pavel Mertlík wählte bei seiner Analyse zwar weniger harsche Worte als sein deutscher Kollege, vertrat aber ebenso die Ansicht, dass die EU aufgrund ihrer eigenen Regularien nicht in der Lage sei, die Krise in den Griff zu bekommen. Dies führe dazu, dass ein interner Krisen-Kreislauf entstände. Mertlík wählte seinerseits drastische Bilder um zu beschreiben, was passiere, wenn die EU-Mitgliedstaaten nicht in der Lage seien, den Euro zu retten. In Europa, so Mertlík, könnten Zustände wie während der Krise der 1930er Jahre ausbrechen: Krieg, Konkurrenz, Protektionismus. Den möglichen Zerfall der EU und seine Folgen verglich er mit dem Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg.

Bei diesen äußert kritischen Analysen und düsteren Prognosen blieb die Diskussion jedoch nicht stehen. Die Frage „Europa – ja oder nein?“ lässt sich heute so nicht mehr stellen. Auch Kritiker der EU müssen noch lange keine Gegner der Integration sein. Milbradt und Mertlík sowie auch das Gros der anwesenden Mit-Diskutanten zeigten sich letztlich von einer möglichen Rettung des Euro sowie der gesamten europäischen Idee überzeugt. Ob dies in Form einer föderalen Lösung, der „Vereinigten Staaten von Europa“ etwa, oder eher in einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, also nach einem Abschied vom Prinzip der Einstimmigkeit, besser gelingen könne, darüber wurde kein abschließender Konsens erzielt. Georg Milbradt betonte, dass der Beitritt zur Eurozone für die Mitgliedsstaaten keine Einbahnstraße sein dürfe, d.h. auch ein möglicher Austritt kein Tabu sein müsse.

Was Europa ausmacht

Beide Referenten machten übereinstimmend deutlich: Was zurzeit gebraucht wird, ist eine positive europäische Vision und der politische Wille zur Konsequenz. Nur effektive Instrumente und funktionierende Institutionen machten es der Gemeinschaft möglich, ihre selbst gesetzten Regeln auch zu kontrollieren und Ausfälle zu sanktionieren. Dazu, so betonte besonders Milbradt, sei auch mehr Ehrlichkeit als bisher notwendig, die Ehrlichkeit, andere auf ihre Fehler hinzuweisen und sie zur Rechenschaft zu ziehen, wie auch die Ehrlichkeit, eigene Fehler einzugestehen und dafür selbst gerade zu stehen.

Im Übrigen sollte nicht vergessen werden, dass der Euro ja nicht alles sei. Wie gut wirtschaftliche Beziehungen zwischen EU-Staaten auch funktionieren könnten ohne dass sie eine gemeinsame Währung hätten, zeige sich schließlich am Beispiel der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik.